



Presseinformation

Nr. 26.088

18.03.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 35 – Tätigkeitsbericht 2022/23 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Nelly Waldeck**

Junge Menschen haben mit der Ombudsperson eine Anwältin für ihre Rechte

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

es fühlt sich wie ein halbes Jahrhundert an, dass ich Abgeordnete geworden bin, aber tatsächlich ist es genauso lang her wie die Zeit, in der sich dieser Bericht abspielt.

Die Themen des Berichtes sind nach wie vor in der Kinder- und Jugendhilfe hoch aktuell. Ob Fachkräftemangel in den Jugendämtern, eine passgenaue Hilfe in stationären Einrichtungen oder die Frage nach der Schulpflicht für nicht Landeskinder.

761 Petitionen gab es in nur zwei Jahren, mehr als eine Petition am Tag. Das zeigt einerseits, dass der Unterstützungsbedarf klar vorhanden ist und andererseits, dass die Beschwerdestelle zunehmend unter Jugendlichen bekannt ist und als verlässliche Anlaufmöglichkeit wahrgenommen wird.

Gerade in schwierigen Situationen, in denen sich viele Kinder und Jugendliche befinden, wenn sie Angebote der Jugendhilfe in Anspruch nehmen, ist es wichtig aufzuzeigen, dass einem Rechte zustehen, dass leider auch im Hilfekontext Fehler passieren können, und dass es jemanden gibt, der einem in solchen Situationen zur Seite steht: die Beschwerdestelle und ihre Ombudsperson.

Die Berichte von Samiah El Samadoni belegen nachdrücklich die Notwendigkeit der Beschwerdestelle. Sie schildern sehr klar, wo Probleme im Einzelfall gelöst werden konnten und wo sie struktureller Natur sind und grundsätzliche Lösungen benötigen. Vor allem liefern sie viele gute Vorschläge und Lösungsansätze für diese strukturellen Defizite.

Auch dieser Bericht macht sehr deutlich, wo die zentralen Probleme liegen: Wir haben einen gravierenden Fachkräftemangel, der die Jugendämter und Einrichtungen massiv unter Druck setzt. Wir sehen steigende Bedarfe bei Kindern und Jugendlichen, auch in den Jahren 2022/23 leider noch immer in Folge der Pandemie und wir erleben, dass gerade besonders vulnerable junge Menschen nicht immer die Hilfe bekommen, die sie benötigen, weil Fachkräfte fehlen.

Deswegen ist eine zentrale Aufgabe, Bürokratie abzubauen, Jugendämter und Einrichtungen zu entlasten und gleichzeitig dafür zu sorgen, dass wir Wege in die Jugendhilfe fördern. Mit der Aufstockung der Plätze in der sozialen Arbeit wollen wir genau diesen Schritt gehen. Nicht nur, aber auch in Konsequenz des Berichts.

Besonders alarmierend im Bericht ist die Versorgungslücke für Kinder und Jugendliche mit intensivpädagogischem Bedarf. Wenn junge Menschen nach einem Aufenthalt in der Psychiatrie nicht wissen, wohin sie sollen, wenn Jugendlichen Obdachlosigkeit droht, dann ist das ein Zustand, den wir nicht akzeptieren dürfen.

Und es geht um Beteiligung und Schutz: Kinder und Jugendliche müssen stärker in Entscheidungen einbezogen werden, die ihr Leben unmittelbar betreffen. Ob bei Hilfeplangesprächen oder bei Fragen des Aufenthalts, das Kindeswohl muss immer im Mittelpunkt stehen. Dazu gehört, die Stimme der Betroffenen ernst zu nehmen!

Das funktioniert nicht, wenn das zuständige Jugendamt in Berlin sitzt und Hilfeplangespräche nur Online oder im Zweifel gar nicht stattfinden. Deswegen müssen wir darüber sprechen, ob es wirklich sinnvoll ist, Kinder langfristig so weit weg vom Wohnort unterzubringen. Klar, im Einzelfall kann das eine geeignete Lösung sein. Aber in der Praxis zeigt sich allzu oft, dass diese Lösung zwar ein einfacher oder der günstigere Weg ist, aber nicht der, der auf das Kindeswohl ausgerichtet ist.

Seit wir den Bericht im Ausschuss diskutiert haben, ist viel passiert. Damit komme ich zu der Person, die diesen Bericht verantwortet.

Ich habe Samiah El Samadoni mit einem unermüdlichen Engagement in diesem Job und ihren weiteren Funktionen wahrgenommen. Wir danken als Grüne Fraktion von ganzem Herzen für Ihre wahnsinnig tolle Arbeit in all den Jahren. In zwölf Jahren als Ombudsperson in der Kinder- und Jugendhilfe haben Sie dieses Amt nicht nur ausgefüllt, sondern zu ihrer eigenen Sache gemacht. Genau das ist es, was die jungen Menschen brauchen. Eine „Anwältin für ihre Rechte“.

Die Berichte sind ein Beweis dafür. Sie zeugen von einer herausragenden juristischen Expertise. Aber nicht nur haben das die Einzelfallberatung und die vielen niedrigschwelligen vor Ort-Beratungen wahnsinnig wertvoll gemacht, sondern auch die offene und empathische Art, auf die Menschen zuzugehen, ihnen zuzuhören und mit ihnen Lösungswege zu suchen und zu finden.

Die Beratungen wurden immer wieder Grundlage für Ideen, wie eine strukturelle Lösung die soziale Situation gerechter machen kann. Wie man rechtliche Regelungen vereinfachen und verständlicher machen kann. Dadurch sind Ihre Berichte auch Handbücher für politische Initiativen. Ich erinnere an die Vorschläge zur Entbürokratisierung im Sozialrecht. Die wurden vom Sozialministerium aufgegriffen und gegenüber dem Bund eingebracht. Aber auch der offene, konstruktive und vertrauliche Dialog mit allen Fraktionen hat Ihre Arbeit besonders wertvoll gemacht.

Liebe Frau El Samadoni, liebe Samiah, Sie haben diese Rolle mit großem Engagement, mit viel Expertise und viel Empathie gestaltet. Dafür sind wir Ihnen sehr dankbar. Für Ihren weiteren Weg wünschen wir Ihnen, wünsche ich Ihnen alles erdenklich Gute.

Und natürlich freue ich mich, diese Anmerkung sei mir erlaubt, dass wir mit Anke Erdmann eine kompetente und verwaltungsverfahrene Nachfolgerin haben, die Themen konsequent voranbringen und gleichzeitig vermittelnd und empathisch agieren kann. Ich bin mir sicher, das wichtige Amt der Bürgerbeauftragten ist in guten Händen.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de